

## Die EFTA-Staaten, der EWR, Island und die Schweiz

Burkard Steppacher

Die inzwischen auf 28 Mitgliedstaaten angewachsene Europäische Union unterhält seit langen Jahren umfangreiche Beziehungen zu den (west-)europäischen Drittstaaten, die aus unterschiedlichen Gründen nicht Mitglied der EU geworden sind. Zum einen sind dies die heute vier EFTA-Mitglieder (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz), zum anderen die sogenannten Mikrostaaten Andorra, Monaco, San Marino und der Heilige Stuhl, der als Völkerrechtssubjekt des Papstes den Vatikan auf internationaler Ebene vertritt. Zur besseren Strukturierung der Beziehungen zu den europäischen Mikrostaaten wird in der EU neuerdings die Aushandlung eines Rahmenassoziiierungsabkommens diskutiert, doch konzentriert sich das Augenmerk der EU verständlicherweise auf die EFTA-Staaten und dabei besonders auf den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Der EWR konnte am 1.1.2014 sein 20-jähriges Bestehen feiern. Das EWR-Abkommen wurde im Zusammenhang mit den Binnenmarktplänen der EU ab Ende der 1980er Jahre mit den EFTA-Mitgliedern ausgehandelt, trat am 1.1.1994 in Kraft und ermöglicht den EFTA-Staaten die Teilnahme an großen Bereichen des EU-Binnenmarkts. Von den damals sieben EFTA-Mitgliedern traten inzwischen drei Staaten (Finnland, Österreich und Schweden) der EU bei, die Schweiz lehnte nach der Unterzeichnung des Abkommens 1992 in einer Volksabstimmung den Beitritt zum EWR-Abkommen ab, so dass gegenwärtig nur drei EFTA-Mitglieder Island, Norwegen und Liechtenstein zusammen mit der EU den EWR bilden.<sup>1</sup>

*Island* hat 2013/2014 seine EU-Ambitionen wohl auf absehbare Zeit aufgegeben und sich wieder, eher still, in den Kreis der anderen EFTA-Mitglieder eingefügt. Statt der EU-Mitgliedschaft begnügt sich die neue bürgerliche Regierung mit der Teilnahme am EWR-Projekt und will zusätzliche Themen (Fischereipolitik, arktische Dimension etc.) im Einzelfall mit der EU bilateral regeln. In *Norwegen* hat eine neue, bürgerliche Regierung Ende 2013 nach acht rot-rot-grünen Regierungsjahren die Geschäfte übernommen und steuert das Staatsschiff europapolitisch nahezu unverändert im Bereich der bewährten EWR-Mitgliedschaft. *Liechtenstein* ist still und leise der Musterschüler der EFTA-EWR-Staaten. Das Fürstentum hat seine Probleme mit dem Finanzplatz weitgehend bereinigt und auf eine neue Grundlage („Weissgeldstrategie“) gestellt. Durch die Teilnahme am EWR hat Liechtenstein einen komplikationslosen EU-Zugang in den für das Land wichtigen Materien Dienstleistungs- und Kapitalmarktfreiheit. Die *Schweiz* versucht ihre besonderen bilateralen Beziehungen zur EU auf eine neue strukturierte Basis zu stellen, stößt allerdings mit ihren Vorstellungen bei der EU und ihren Mitgliedstaaten bislang auf wenig Gegenliebe. Seit dem Nein der Schweizer Stimmbürger zur Personenfreizügigkeit (Annahme der Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ im Februar 2014) ist die Position der EU-Seite gegenüber der Schweiz noch einmal deutlich skeptischer geworden.

---

1 Vgl. <http://www.efta.int/about-efta/european-free-trade-association>.

### **EFTA-Kernthemen: EWR und Ausbau der Drittstaatsbeziehungen**

Ursprüngliches Thema der EFTA ist die Überwachung und Anwendung der EFTA-Konvention zur wirtschafts- und handelspolitischen Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern. Hauptaufgabe des EFTA-Sekretariats ist allerdings mittlerweile die Anwendung und Überwachung des EWR-Abkommens für die EFTA-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein, welche durch das EWR-Abkommen am Binnenmarkt der EU teilhaben.<sup>2</sup> Neben dem Ausbau der EFTA-internen Beziehungen sowie der zum großen Nachbarn EU im Rahmen der Umsetzung des EWR ist das dritte gemeinsame Kernanliegen aller vier EFTA-Mitgliedstaaten die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Ländern außerhalb der EU. Hier lag 2013 der Fokus nach wie vor auf der Ausdehnung des Netzes von Freihandelsabkommen mit wachstumsstarken Schwellenländern.<sup>3</sup>

Derzeit verfügt die EFTA über ein Netzwerk von 25 Freihandelsabkommen. Bei der Ministerkonferenz der EFTA am 24./25. Juni 2013 im norwegischen Trondheim konnten die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit Bosnien und Herzegowina, den zwei zentralamerikanischen Staaten Costa Rica und Panama sowie eine Zusammenarbeitserklärung der EFTA mit Myanmar unterzeichnet werden.<sup>4</sup> Aktuell werden Freihandelsverhandlungen mit Indien, Indonesien, den Mitgliedern der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan, Vietnam sowie den zentralamerikanischen Staaten Guatemala und Honduras geführt. Ebenso werden die Kontakte mit Malaysia, Thailand, den Philippinen, Algerien und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) zu vertiefen gesucht.<sup>5</sup>

Hintergrund dieser beharrlichen Bemühungen der EFTA und ihrer Mitglieder um den Abschluss von Abkommen mit Drittstaaten ist die Tatsache, dass die weltweiten Freihandelsbeziehungen sich auf die jeweiligen Wirtschafts-Pole Europäische Union, USA und China konzentrieren und kleinere Drittstaaten untereinander meist nicht so gut vernetzt sind (Hub-and-Spoke-Theorie).<sup>6</sup>

Aktuelles Haupt-Arbeitsthema auf EWR-Ebene sind seit Anfang 2014 die Verhandlungen zwischen der EU und den EFTA-EWR-Staaten zur Erneuerung des EWR-Finanzierungsmechanismus und des Norwegischen Finanzierungsmechanismus (im EFTA-Sprachgebrauch „EEA Grants“ bzw. „Norway Grants“ genannt).<sup>7</sup> Als Gegenleistung für den erleichterten Binnenmarktzutritt beteiligen sich die EWR-Staaten seit 1994 über einen Finanzierungsmechanismus an Maßnahmen zum Abbau wirtschaftlicher Disparitäten in 16 wirtschaftlich schwächer aufgestellten EU-Mitgliedern. In der ablaufenden Finanzperiode (2009-2014) leisteten die drei EWR-Staaten einen Beitrag von 993 Mio. Euro, Norwegen über den zusätzlichen Norwegischen Finanzierungsmechanismus ergänzende 805 Mio. Euro.<sup>8</sup> Organisatorisch werden beide Fonds im Brüsseler EFTA-Sekretariat, Abt. Financial Mechanism Office (FMO), abgewickelt.

---

2 Vgl. <http://www.efta.int/eea>.

3 Zu den aktuellen Drittstaatsbeziehungen der EFTA vgl. EFTA, 53rd Annual Report 2013, S. 7ff.; vgl. auch Jahrbuch der Europäischen Integration 2011, S. 253f.

4 EFTA-Ministerkonferenz Trondheim, 24.6.2013, vgl. <http://www.efta.int/about-efta/news/2013-06-24-efta-ministerial-trondheim>.

5 EFTA-Ministerkonferenz Genf, 18.11.2013, vgl. <http://www.efta.int/about-efta/news/efta-ministerial-meeting-geneva-switzerland-18-november-2013-2589>.

6 Vgl. dazu Senti, Richard: Regionale Freihandelsabkommen, Zürich/St. Gallen/Berlin 2013, S. 68-71.

7 Vgl. [http://eeas.europa.eu/statements/docs/2014/140122\\_03\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/statements/docs/2014/140122_03_en.pdf).

8 Vgl. EEA / Norway Financial Mechanisms: <http://eeagrants.org>.

## Island – neue alte Themen EWR, Fisch, Verteidigung und Arktispolitik

Nachdem Island die EU-Beitrittsverhandlungen bereits im Januar 2013 in der Endphase der rot-grünen Regierung Sigurðardóttir auf Eis gelegt hatte,<sup>9</sup> hielt die nach den Parlamentswahlen vom April 2013 neu gebildete liberal-konservative Regierungskoalition unter Ministerpräsident Gunnlaugsson im Mai 2013 in ihrem Regierungsprogramm fest, dass die ruhenden Beitrittsverhandlungen erst nach einer Volksabstimmung wieder aufgenommen werden.<sup>10</sup> Ein Zeitplan für ein Referendum wurde aber nicht vorgelegt. Die Haltung der isländischen Bevölkerung gegenüber einem möglichen EU-Beitritt ist ambivalent: Auch wenn sich in Umfragen Ende 2013 keine Mehrheit für einen Beitritt abzeichnet, spricht sich doch eine große Mehrheit für die Durchführung eines Referendums über das weitere Vorgehen aus.<sup>11</sup> Gleichwohl kündigte die Regierung dann Ende Februar 2014 gegenüber dem Althing an, den Antrag des Landes auf EU-Mitgliedschaft offiziell zurückzuziehen, allerdings ohne Volksabstimmung.<sup>12</sup>

Dieses Vorgehen löste starke Kritik aus, zum einen in lautstarken Protesten vor dem Parlament, zum anderen in einer Online-Petition gegen das Regierungsvorhaben, die von über 50.000 Isländern, mehr als 20 Prozent der Wähler, unterzeichnet wurde. Wie beim wirtschaftlichen Zusammenbruch Islands im Jahr 2008 artikuliert sich hier ein deutlicher Protest gegenüber dem eigenmächtigen Handeln der politischen Eliten.<sup>13</sup> Als Reaktion darauf schlägt nun die Vorlage von regelmäßigen Regierungsberichten an das Parlament und die Regierung die Einrichtung eines Europaausschusses vor.<sup>14</sup>

Im Fokus der isländischen Außen- und Europapolitik stehen 2014 die alten wie neuen Themen Fischereipolitik (Makrelenstreit), Klimawandel und Arktische Beziehungen, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie aktuell, via EWR, die (assoziierte) Beteiligung am EU-Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“.<sup>15</sup> Insgesamt scheint allerdings, im Vergleich zu den vergangenen Jahren, der Ausbau der Beziehungen zur EU gegenüber anderen Themen an Bedeutung zu verlieren. Ein Anzeichen dafür ist das am 1.7.2014 in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen Island und China. Das Abkommen war nach sechsjährigen Verhandlungen im April 2013, kurz vor den Parlamentswahlen, von der scheidenden Regierung in Peking unterzeichnet worden und bietet Island wie China wechselseitigen zollfreien Marktzutritt.<sup>16</sup> Im Zusammenhang mit der durch den Klimawandel eingetretenen Öffnung der arktischen Nordostpassage kommt Island eine erhebliche geostrategische Bedeutung zu,<sup>17</sup> was ungeachtet des Abzugs der Amerikaner im Jahr 2006 aus Island von den NATO-Partnern mit großer Aufmerksamkeit beobachtet wird.<sup>18</sup>

9 Vgl. Island brems Verhandlungen mit EU, NZZ, 15.1.2013. Vgl. Jahrbuch der Europäischen Integration 2013, S. 497f.

10 Island legt die EU-Spur still, Frankfurter Rundschau, 14.6.2013. Vgl. <http://www.government.is/government/coalition-platform/>.

11 Umfrage Capacent Gallup, zit. nach <http://icelandreview.com/news/2013/11/25/eighty-percent-icelanders-want-eu-referendum>.

12 Island gibt EU-Beitritt auf, FAZ, 24.2.2014; EU-Norderweiterung abgesagt, Tageszeitung, 24.2.2014; Aus Angst vor der EU, Süddeutsche Zeitung, 24.2.2014.

13 Vgl. Island lärmt für EU-Beitritt, FAZ, 29.3.2014.

14 Vgl. <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/island-ende-der-eu-beitrittsverhandlungen-koennte-eu-politik-des-landes-langfristig-staerken.html>.

15 Vgl. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-566\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-566_de.htm).

16 Vgl. <http://www.mfa.is/news-and-publications/nr/8098>. Vgl. auch: China und Island gehen einen Freihandelsvertrag ein, NZZ, 17.4.2014.

17 Vgl. Gutschker, Thomas: Kleine Insel, großes Spiel. Wie Island von China, Russland und der EU umworben wird, in: Internationale Politik, 11/2010, S. 108-113, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/getFullPDF/15474>.

## Norwegen – bewährte Beziehungen zur Europäischen Union

Auch wenn im Wahljahr 2013 zunächst erwartet, hat die neue bürgerliche Regierung von Ministerpräsidentin Erna Solberg keine wesentlichen Veränderungen in der Europapolitik vorgenommen. Im Zentrum der norwegischen Europapolitik steht unverändert der EWR, der, zusammen mit der Schengen-Kooperation, Norwegen eine enge Verflechtung mit der EU bietet. Beim Antrittsbesuch von Ministerpräsidentin Solberg in Brüssel unterstrich Kommissionspräsident Barroso, dass die Beziehungen exzellent und vorbildlich seien.<sup>19</sup>

Zuständig für Europathemen in der Regierung Solberg ist, zusammen mit Außenminister Børge Brende, der Minister für EWR- und EU-Angelegenheiten und Chef des Büros der Premierministerin, Vidar Helgesen, der bereits in der Regierung Bondevik (2001-2005) Staatssekretär im Außenministerium war. In einer Regierungserklärung vor dem Storting unterstrich Helgesen die zentrale Bedeutung von EU und EWR für die norwegische Europa- und Außenpolitik und kündigte dabei die Vorlage einer Regierungsstrategie der norwegischen Regierung für die laufende Legislaturperiode 2014-2017 an.<sup>20</sup> Prioritäten der norwegischen Europapolitik sind demnach weiterhin die Themen wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Innovation, Forschung und Bildung, Klima- und Energiepolitik, Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspolitik sowie die migrationspolitische Zusammenarbeit.<sup>21</sup> Flankiert wird die EU-Strategie der norwegischen Regierung von verschiedenen bilateralen Strategien: Da Deutschland für Norwegen der wichtigste Partner in Europa ist, legte die norwegische Regierung im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch von Bundespräsident Gauck in Norwegen im Juni 2014 eine neue Deutschland-Strategie vor, die die früheren Strategien und Handlungspläne von 1999 und 2007 ablöst.<sup>22</sup>

## Liechtenstein – Mikrostaat als Musterschüler

Obwohl Liechtenstein nur rund 37.000 Einwohner zählt und damit eines der kleinsten europäischen Länder ist, hat das Fürstentum sehr gut strukturierte Beziehungen zur europäischen Nachbarschaft und ist, anders als die Schweiz, mit der es in einer Wirtschafts-, Zoll- und Währungsunion verbunden ist, auch reguläres Mitglied im EWR.<sup>23</sup>

Zur Umsetzung des EWR-Abkommens besteht in der Landesverwaltung eine Stabsstelle EWR (SEWR), die dem Ministerium für Präsidiales und Finanzen unterstellt ist.<sup>24</sup> Zu ihren Aufgaben gehört vor allem die Koordination der Umsetzung von neuem EWR-Recht in liechtensteinisches Recht sowie die Vertretung der Regierung in Verfahren gegenüber der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA), vor dem EFTA-Gerichtshof und dem Gerichtshof der Europäischen Union. Mit einer Umsetzungsquote von 99,3 Prozent der aktuell rund 1200 EU-Binnenmarkttrichtlinien ist Liechtenstein weiterhin der Musterschüler der EFTA-EWR-Staaten.<sup>25</sup> Island und Norwegen erreichen nur eine Umsetzungsquote von 96,9 bzw. 98,1

---

18 Vgl. <http://icelandreview.com/de/news/2014/08/15/rasmussen-island-spielt-nato-entscheidende-rolle>.

19 Brüssel, 3.12.2013, vgl. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-1006\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-1006_en.htm).

20 Vidar Helgesen, Address to the Storting on important EU and EEA matters, Oslo, 20 May 2014, [http://www.regjeringen.no/en/dep/ud/whats-new/Speeches-and-articles/vh\\_taler/2014/eu\\_address.html?regj\\_oss=1&id=760076](http://www.regjeringen.no/en/dep/ud/whats-new/Speeches-and-articles/vh_taler/2014/eu_address.html?regj_oss=1&id=760076).

21 Vgl. Norway in Europe. The Norwegian Government's strategy for cooperation with the EU 2014-2017, Oslo, Juni 2014, vgl. [http://www.regjeringen.no/upload/UD/Vedlegg/Europa/norway\\_in\\_europe.pdf](http://www.regjeringen.no/upload/UD/Vedlegg/Europa/norway_in_europe.pdf).

22 Vgl. [http://www.regjeringen.no/upload/UD/Vedlegg/Europa/tykland\\_strategi2014.pdf](http://www.regjeringen.no/upload/UD/Vedlegg/Europa/tykland_strategi2014.pdf).

23 Vgl. Fürstentum Liechtenstein, Landesverwaltung, Stabsstelle EWR, Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR). Kurzinformation, Vaduz 2014.

24 Vgl. <http://www.llv.li/#/12320/stabsstelle-ewr>.

Prozent, was von der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) im jüngsten Umsetzungsbericht deutlich kritisiert wird.<sup>26</sup> Insgesamt sind im EWR mittlerweile über 7.500 EU-Rechtsakte anwendbar, gegenüber 1.500 Rechtsakten bei Gründung des EWR Anfang der 1990er Jahre.

Auf internationalem Parkett hat das Fürstentum seine Probleme mit dem Finanzplatz klären können und auf eine neue Grundlage (Weissgeldstrategie) gestellt. Mit der Unterzeichnung der Konvention der OECD und des Europarats über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen bekennt sich das Land zum automatischen Informationsaustausch (AIA) als globalem Standard.<sup>27</sup> Zusammen mit der Teilnahme am EWR hat Liechtenstein damit einen komplikationslosen EU-Zugang in den für das Land wichtigen Bereichen Dienstleistungs- und Kapitalmarktfreiheit.

Innenpolitisch steht die 2013 neu ins Amt gekommene Koalitionsregierung unter Regierungschef Adrian Hasler allerdings unter starkem Finanzdruck. Wiederholt mahnte der regierende Erbprinz Alois deutliche Strukturreformen an.<sup>28</sup> Angesichts sinkender Staatseinnahmen werden Leistungen gekürzt und weitere Steuererhöhungen diskutiert.<sup>29</sup> Dies hatte Konsequenzen für die geplante Beteiligung Liechtensteins am EU-Forschungsprogramm „Horizon 2020“. Ende 2013 lehnte der Landtag das Vorhaben der Regierung ab, sich mit 32 Mio. Franken auch an künftigen EU-Forschungsprogrammen zu beteiligen,<sup>30</sup> so dass die EU im Mai 2014 im Gemeinsamen EWR-Ausschuss nur mit den EWR-Staaten Island und Norwegen eine entsprechende Beteiligung vereinbaren konnte.<sup>31</sup>

### Schweiz – Stolpergang im Vorwahljahr

In der Schweiz begann das Jahr 2014 mit einem europapolitischen Paukenschlag: Die Stimmbürger stimmten am 9.2.2014 für die Annahme der Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ und sprachen sich damit per Verfassungsänderung für die Einführung eines Systems der Kontingentierung und Höchstzahlen aus, um die Zuwanderung künftig zu regulieren.<sup>32</sup> Der neue Verfassungsartikel 121a BV steht allerdings im klaren Widerspruch zum bestehenden Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU.<sup>33</sup>

Um der Gefahr der Kündigung dieses und der damit verbundenen anderen Abkommen („Bilaterale I“) zu entgehen, versucht die Schweiz nun mit der EU Verhandlungen zur Anpassung des Freizügigkeitsabkommens aufzunehmen. Dies stösst seitens der EU jedoch auf keine Zustimmung, zumal die Schweiz, anders als bei früheren EU-Erweiterungen, das Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU noch immer nicht auf Kroatien anwendet.<sup>34</sup> Als eine

25 Vgl. Liechtenstein ist EU-Musterschüler, NZZ, 5.7.2013; vgl. So funktioniert ein 36000-Seelen-Staat, NZZ, 10.5.2014.

26 Vgl. [http://www.eftasurv.int/media/scoreboard/Internal\\_Market\\_Scoreboard\\_No\\_34.pdf](http://www.eftasurv.int/media/scoreboard/Internal_Market_Scoreboard_No_34.pdf).

27 Vgl. Das Prinzip Weißgeld, SZ, 15.11.2013; Liechtenstein will keine Steueroase mehr sein, FAZ, 25.2.2014.

28 Vgl. Weniger Staat, mehr Unternehmen, NZZ, 28.2.2014; Vgl. Der Erbprinz erwartet mehr Eigenverantwortung, NZZ, 16.5.2014; Erbprinz Alois: „Es braucht weitere Reformen“, Vaterland, 12.8.2014, <http://www.vaterland.li/index.cfm?source=lv&id=30498>.

29 Vgl. Die Suche nach neuen Steuereinnahmen, NZZ, 27.12.2013.

30 Vgl. Dämpfer für den Forschungsstandort Liechtenstein, NZZ, 3.1.2014.

31 Vgl. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-566\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-566_de.htm).

32 Schon in den Vorjahren waren in der Schweiz mit der sogenannten Minarettinitiative (2009) und der Ausschaffungsinitiative (2010) umstrittene Verfassungsänderungen beschlossen worden, mit denen sich die Schweiz stark vom europäischen Umfeld abhebt.

33 Vgl. EU beharrt auf der ganzen Freizügigkeit, NZZ, 11.2.2014.

34 Ersatzweise gewährt die Schweiz seit dem 1. Juli 2014 kroatischen Staatsbürgern per einseitigen Beschluss begrenzten Zutritt zum Schweizer Arbeitsmarkt. Vgl. Separate Kontingente für Kroatinnen und Kroaten, Suisseurope, IV/2014, Juli 2014, S. 4f.

erste Reaktion auf diese beiden Positionsänderungen der Schweiz hat die Europäische Kommission Ende Februar 2014 die Verhandlungen mit der Schweiz über die künftige Forschungszusammenarbeit („Horizon 2020“) unterbrochen und die seit 2011 bestehende Beteiligung der Schweiz am Bildungsprogramm „Erasmus“ bzw. „Erasmus plus“ ausgesetzt. Um Studierenden an Schweizer Hochschulen gleichwohl eine Austauschmöglichkeit zu sichern, hat der Bundesrat (Landesregierung) als Ersatz für die wegfallenden EU-Fördertöpfe neu aus Bundesmitteln 22,7 Mio. Franken (ca. 18 Mio. Euro) für das ersatzweise geschaffene „Swiss-European Mobility Programme“ bereitgestellt.<sup>35</sup>

Ende Mai 2014 konnten, nachdem beide Seiten entsprechende Verhandlungsmandate beschlossen hatten,<sup>36</sup> die seit längerem geplanten Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über ein neues institutionelles Abkommen eröffnet werden.<sup>37</sup> Ziel ist es dabei, ein praktikables Verfahren für eine dynamische Anpassung der bestehenden Marktzugangs-Abkommen an das EU-Recht sowie einen handhabbaren Rahmen für die Überwachung, Auslegung und Streitbeilegung der Abkommen zu finden. Ebenso konnte im Juni 2014 zwischen der Schweiz und der EU ein Abkommen zur Beteiligung der Schweiz am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office, EASO) unterzeichnet werden.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU dürften in den kommenden 12 Monaten nur langsam vorankommen. Im Herbst 2015 finden in der Schweiz erneut Parlamentswahlen statt. Deutlicher als in den Vorjahren werden bereits wieder erste Muskelspiele der politischen Parteien zur innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Positionierung deutlich. Klare Wege aus der erkennbaren Stagnation werden sich daher frühestens Ende 2015 abzeichnen.

### Weiterführende Literatur

European Free Trade Association (EFTA), 53d Annual Report of the European Free Trade Association 2013, Genf/Brüssel 2014, <http://www.efta.int/publications/annual-report>.

European Free Trade Association (EFTA), This is EFTA 2014, Brüssel 2014, <http://www.efta.int/publications/this-is-efta>.

EWR-Website der EFTA, <http://www.efta.int/eea>.

Europäische Union, Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD), [http://www.eeas.europa.eu/we/index\\_en.htm](http://www.eeas.europa.eu/we/index_en.htm).

Europäische Kommission, Bericht zu Island 2013, SWD(2013) 418 final, mit Auszug aus „Enlargement Strategy and Main Challenges 2013-2014“, COM(2013)700 final, [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2013/package/brochures/iceland\\_2013.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/brochures/iceland_2013.pdf).

Europäische Kommission, GD Erweiterung, [http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/iceland/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/iceland/index_en.htm).

Fürstentum Liechtenstein, Landesverwaltung, Stabsstelle EWR, Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR). Kurzinformation, Vaduz 2014, <http://www.llv.li/#/12320/stabsstelle-ewr> sowie <http://www.llv.li/#/12412/ewrinformationsmaterial>.

Island, Außenministerium: <http://www.mfa.is/issues>; Website zum EU-Beitritt 2009-2013, <http://eu.mfa.is>.

Norwegen, Europaortal: <http://www.regjeringen.no/en/sub/europaortalen/forside.html?id=684110>.

Schweizerische Eidgenossenschaft, EDA, Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA), Die Europapolitik der Schweiz, <http://www.europa.admin.ch/themen/00499/index.html>.

Stappacher, Burkard: EFTA (European Free Trade Association), in: Bergmann, Jan (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden/Basel/Wien 2012, S. 238-242.

---

35 Vgl. Ersatzlösung für den Erasmus-Stopp, Tagesanzeiger, 16.4.2014.

36 Vgl. Den bilateralen Weg erneuern, um ihn zu erhalten, NZZ, 20.12.2013; vgl. Die EU gibt der Schweiz den Tarif durch, Sonntagszeitung, 6.7.2014.

37 Vgl. Suisseurope, IV/2014, Juli 2014, S. 2.